

In London und Paris

Es ist natürlich kein Zufall, daß ungefähr zu gleicher Zeit im englischen Unterhause und in der französischen Kammer von den leitenden Staatsmännern Erklärungen abgegeben worden sind, in denen gesprochen wurde von den Wegen, die man bis jetzt begangen hat und von den neuen, die in Zukunft zu begehen sein werden. In beiden Ländern erwartete man mit Spannung solche Aufklärungen; nach dem völligen Mißgelingen der großen diplomatischen Balkan-Aktion waren — namentlich in England — die angeblich Schuldigen in der Presse sehr heftig angegriffen worden; in Frankreich brachte man ja auch die Demission Delcassés in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Scheitern der Bemühungen des Vierverbandes auf dem Balkan. An Stoff zu Erklärungen fehlte es also den Ministerpräsidenten keineswegs.

Betrachtet man die Erklärungen im englischen Unterhaus und in der französischen Kammer so, wie sie betrachtet sein wollen, nämlich im Zusammenhang, so wird man zunächst unterscheiden müssen: Vor der französischen Kammer steht ein neues Ministerium, von dem man wissen will, was seine Ansicht ist über das weitere Vorgehen; vor dem englischen Unterhaus die bisherige Leiter der Politik, die Geschehenes erklären und wenn möglich entschuldigen wollen. So hat Briand das Hauptgewicht gelegt auf die Entwicklung eines Regierungsprogrammes und hat das Geschehene geschehen sein lassen. Asquith dagegen hat mit imponierender Offenherzigkeit von Fehlern und Mißerfolgen gesprochen. Bei Briand kann man nur indirekt erfahren, wo Fehler begangen worden sind, nur aus den Zusicherungen der neuen Regierung, es in Zukunft besser machen zu wollen.

Aus dem Anlaß, bei dem diese Reden gehalten wurden, ergibt sich ferner von selbst, daß die Erklärungen der französischen Regierung sich nicht nur auf internationale Verhältnisse erstrecken, sondern auch auf innere. Als Hauptpunkt seines Programmes bezeichnet Briand den Zusammenschluß aller lebendigen Kräfte der Nation, aller öffentlichen Dienstzweige zur Erreichung des Sieges. Er spricht dann mit besonderer Betonung davon, daß jedes Vergehen der Disziplin strengstens bestraft werden müsse. Damit ist natürlich nicht die militärische Disziplin im engeren Sinne gemeint, sondern die bürgerliche. Es handelt sich um Dinge, die schon im Laufe dieses Frühjahrs in der französischen Kammer behandelt wurden, als ein Gesetzesentwurf eingebracht wurde gegen die sogenannten „Drückeberger“. Hier scheint noch nicht alles so zu sein, wie die französische Regierung wünschen muß. Sonst hätte Briand nicht mit so viel Nachdruck gerade davon gesprochen.

Dieser Teil seiner Rede ist unmißverständlich. Weniger klar lautet, wenigstens in der deutschen Uebersetzung, die Stelle über die Zensur. Man weiß, daß in den letzten Wochen die Klagen über die Prezensur in Frankreich immer lauter und dringender wurden. Briand sagt nun, die Frage solle in Zukunft „die gewünschte Lösung“ finden. Es wurden in der französischen Presse sehr verschiedene Lösungen gewünscht — welche meint nun Briand?

Ein anderer Punkt, über den viel gesprochen und geschrieben wurde, ist die Kontrolle des Parlamentes über die Regierung und hier hat Briand ebenfalls Entgegenkommen gegenüber den Wünschen des Parlamentes verheißen, immerhin braucht er die sehr vorsichtige Wendung: die Regierung werde den Parlamentariern alle Ausschüsse erteilen, auf die jene ein Recht hätten. Nun gehen aber gerade die Ansichten darüber auseinander, wie weit dieses Recht zu spannen sei. Darüber schweigt sich Briand, wie gesagt, vorsichtig aus.

Das spricht besonders deutlich Briand aus, wenn er sagt: „Wir sind der Meinung, daß das „Hand in Hand Gehen“ der verbündeten Nationen noch vollständiger und besonders noch rascher erfolgen kann und muß. So schwierig es auf den verschiedenen und so weit auseinanderliegenden Kriegsschauplätzen zu erreichen ist, sind wir doch entschlossen, es zu verwirklichen durch häufigere Besprechungen, durch immer intimere Fühlungnahme.“

Asquith hat dieses Zugeständnis schon vor der Tagung des Unterhauses gemacht, indem er die Schaffung einer gemeinsamen Kriegskommission vorschlug. Hier wird also in den Kreisen der Entente allgemein ein Mangel empfunden, der nach Abhilfe ruft.

Am unangenehmsten war jedenfalls für beide Staatsmänner das Eingehen auf die Orientfragen. Asquith kam aller Kritik zuvor, indem er selbst die unglückliche Dardanellen-Aktion als das charakterisierte, was sie war, als einen Mißerfolg. Der Trost, den er fand, sei dadurch eine starke türkische Armee vom Kaukasus, von Mesopotamien und Aegypten ferngehalten worden, ist im Hinblick auf die schweren Opfer wohl nicht sehr beruhigend. Der französische Ministerpräsident ging auf dieses Thema gar nicht ein, er hatte ja auch keine Veranlassung dazu. Wohl aber sprach er von der Balkan-Angelegenheit. Hier trafen sich beide in der feierlichen Erklärung, sie würden das heldenhafte kämpfende Serbien nicht verlassen, seine Unabhängigkeit sei eines der Hauptziele des Krieges. Und beide versicherten, die Aktion zugunsten Serbiens nehme ihren wirkungsvollen Fortgang. In Ergänzung der Ausführungen des Premiers betonte der englische Minister des Aeußern gegenüber den scharfen Angriffen Carsons, die militärische Operation in Mazedonien habe überhaupt gar nie eine Verzögerung erlitten. Man sei sofort gemeinsam den Serben zu Hilfe gekommen.

Das Scheitern der diplomatischen Aktion auf dem Balkan suchte Asquith daraus zu erklären, daß die Schwelung Bulgariens und der Rücktritt des Venizelos nicht vorauszu sehen war. Er begnügte sich im Grunde mit der Feststellung, daß auch hier alle Schritte gemeinsam unternommen worden seien.

Das tatsächliche Ergebnis der großen Aussprachen von Paris und London läßt sich wohl am besten dahin zusammenfassen, daß nach wie vor bei den Verbündeten der Wille zum Weiterkämpfen nicht geschwächt ist. Was wir gestern ausführten, hat die Sitzung der französischen Kammer vollaus bestätigt: die Ministerkrisis hatte nicht den Sinn, daß nun an Stelle eines kriegslustigen ein friedensfreundliches Kabinett getreten sei. Nach wie vor lautet die Losung bei allen kriegsführenden Staaten: ohne Sieg kein Friede! Die französische Regierung hat auf diese Losung sogar ein sozusagen einstimmig angenommenes Zutrauensvotum mit nach Hause nehmen dürfen. Das deutet auf starke Hoffnungen; wer aber auf den Sieg hofft, ist zum Frieden nicht geneigt.